

Die Ohnmacht der Kirchen

Die offiziellen Repräsentanten des Christentums haben mit den wichtigen Schalthebeln in diesem Land nichts mehr zu tun.

■ HEINER BOBERSKI

■ Zwischen den Personen an der Spitze der Kirchen und der Führung der Regierungspartei scheint eine gewisse Entfremdung eingetreten zu sein.

Auf der griechischen Insel Lesbos führen Flüchtlinge ein tristes Dasein, insbesondere unbegleitete Flüchtlingskinder. Ob einst im Lager Moria oder dann im Lager Kara Tepe orteten Hilfsorganisationen menschenunwürdige Zustände. Immer wieder gab es Initiativen, wenigstens einige dieser Kinder nach Österreich zu holen. Doch allen derartigen Versuchen, auch wenn sie von hohen Repräsentanten der christlichen Kirchen unterstützt wurden, erteilt die türkisch-grüne Regierung regelmäßig eine Absage. Sie verspricht dafür Hilfe „vor Ort“, die allerdings aus Sicht von in der Region tätigen Organisationen das Leid kaum lindert. Vor allem der Innsbrucker Bischof Hermann Glettler hat hier scharfe Worte gegenüber der größeren Regierungspartei gefunden. Dass nicht der kleine Koalitionspartner, sondern die gerne ihre christlichen Wurzeln betonende ÖVP auf der Bremse steht, lässt sich leicht erkennen.

Die gegenwärtige österreichische Politik zielt aber nicht nur darauf ab, Flüchtlinge von Österreich fernzuhalten. Sie ist offensichtlich auch bemüht, möglichst viele schon im Land befindliche Asylwerber, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben, abzuschieben. Das ist verständlich, wenn die Abschiebungen rasch, also nach einem relativ kurzen Aufenthalt in Österreich, und in Länder erfolgen, in denen die betroffenen Personen einigermaßen sicher sind. Mit vollem Recht erheben sich aber dann kritische Stimmen, wenn bereits jahrelang hier lebende Familien mit Schulkindern, deren österreichisches Umfeld sie als gut integriert ansieht, abgeschoben werden. Besonders befremdlich ist auch, wenn zum Christentum konvertierte Muslime, denen man offenbar

die Glaubwürdigkeit ihres Taufwillens abspricht, in ihre Heimat zurückkehren müssen, was für sie mit Lebensgefahr verbunden sein kann.

Kirchliche Stimmen bleiben ungehört

Hier plädieren neben etlichen Organisationen auch hohe Vertreter der Kirchen dafür, diesen Menschen aus humanitären Gründen ein Verbleiben im Land zu ermöglichen. Aus Sicht etlicher Wirtschaftsbetriebe, die solche Arbeitskräfte gut brauchen können, ist es auch ökonomisch nicht sinnvoll, fleißige junge Leute während oder nach einer Ausbildung abzuschieben. Die Regierenden haben aber für solche Stimmen, selbst wenn sich sogar der Bundespräsident einbringt, kein Ohr und verweisen nur auf die geltende Rechtslage – zu der natürlich die ÖVP entscheidend beigetragen hat.

Es ist nicht zu bestreiten, dass viele Mitglieder der Kirchen die Linie der ÖVP in diesen Punkten mittragen, aber ein erheblicher Teil des Kirchengvolks zeigt sich von dieser Linie nicht gerade begeistert. Auch zwischen den Personen an der Spitze der Kirchen und der Führung der Regierungspartei scheint eine gewisse Entfremdung eingetreten zu sein. Eine solche gab es sicher auch schon früher, zum Beispiel als 1975 der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten drei Monate straffrei gestellt wurde, aber damals war die SPÖ an der Regierung, nicht die ÖVP, die immer ihre Orientierung am christlichen Wertesystem betonte.

Seit dem Mariazeller Manifest von 1952 haben wir, und das ist positiv, eine „freie

Kirche in einem freien Staat“. Damit ist klargestellt, dass es sich um zwei voneinander unabhängige Institutionen handelt, deren Koexistenz nicht unbedingt von Harmonie geprägt sein muss. Die Zeiten, in denen der Klerus die Politik zumindest mitbestimmte, etwa jene eines Prälaten Ignaz Seipel als Bundeskanzler, gehören längst der Vergangenheit an.

Wie groß ist heute der Einfluss der römisch-katholischen Kirche in Österreich? Viel zu groß, meinen gar nicht wenige, vor allem jene, die von Religion an und für sich wenig bis nichts halten. Sie stoßen sich am Konkordat, das der Kirche ungerechte Privilegien verschafft habe, an reichen Klöstern, an Kreuzen im öffentlichen Raum, an der Mitfinanzierung konfessioneller Privatschulen, am Religionsunterricht, an Religionssendungen in öffentlich-rechtlichen Medien, an der Militärseelsorge und dergleichen mehr. Sie wittern allerorten noch Reste vom einstigen „Bündnis zwischen Thron und Altar“, also vom Naheverhältnis hoher Kleriker zu politischen Machthabern im Staat, in den Ländern und Gemeinden.

Ohnmächtige Kirchen

Das alles ist aber Schnee von gestern. Wenn eine Kirche, ob die katholische oder die evangelische, heute etwas vom Staat will, erweist sie sich immer wieder als völlig ohnmächtig. Letztlich hat das auch die Diskussion um den Karfreitag gezeigt, als sich die evangelische Kirche mit der Einführung eines „persönlichen Feiertags“ zufrieden geben musste. Die Regierung hört nicht auf die Kirchen. Manche sehen die Lage sogar umgekehrt, nämlich die Kirchen am Gängelband der Politik, als sie – was aber durchaus vernünftig war – alle Pandemie-Maßnahmen vorbildlich mittrugen und nicht, was unter dem Begriff Religionsfreiheit denkbar gewesen wäre, mehr Sonderregelungen beanspruchten.

Der Grund für diese Ohnmacht liegt auf der Hand: Die Mächtigen haben den Ein-

druck, dass es sich auch bei der einst bedeutsamen katholischen Kirche um einen schrumpfenden, inhomogenen, politisch immer weniger interessanten Verein handelt. Die Priesterzahlen sinken. Zehntausende verlassen Jahr für Jahr die Kirche. Es fließt weniger Geld in die Kirchenkassen. Die Autorität der Kirchenführung hat durch diverse Skandale (vor allem Missbrauchsfälle) empfindlich gelitten. Was bestimmte Werte und Positionen zu Glaubens- und Sittenlehren betrifft, gehen die Kirchenmitglieder teils sehr verschiedene Wege. Der Pluralismus, also eine Vielzahl von Meinungen, ist ein Kennzeichen unserer liberalen Gesellschaft, was Vor- und Nachteile hat. Positiv sind individuelle Meinungen, weil sie zeigen, dass nicht alle nach einer Pfeife tanzen. Wird aber der Pluralismus innerhalb einer Gruppe oder Organisation zu groß, ist immer schwerer erkennbar, wofür diese Gemeinschaft noch steht. Momentan scheint, wie immer man das bewerten mag, dank „message control“ die Einheit im ÖVP-Team deutlich größer zu sein als innerhalb der Gläubigen.

Wer behauptet, dass die christlichen Kirchen in Österreich noch nennenswerten Einfluss besitzen, ist entweder ein mehr als schönfärberischer Kirchensympathisant oder ein Kirchengegner, dem die Entmachtung dieser Institution nicht weit genug gehen kann. In der Realität haben die offiziellen Repräsentanten des Christentums mit den wichtigen Schalthebeln in diesem Land nichts mehr zu tun, und das ist im Grunde auch gut so. Dass die Vertreter der Kirchen aber auch als geistige „Influencer“, als moralische Instanz und soziales Gewissen, abgedankt und kaum mehr Gewicht haben, dürfen Menschen, denen das Festhalten an christlichen Werten, an der menschenfreundlichen Botschaft des Evangeliums in unserer Gesellschaft etwas bedeutet, mit Recht bedauern. ■

■ Momentan scheint dank „message control“ die Einheit im ÖVP-Team deutlich größer zu sein als innerhalb der Gläubigen.